



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

- 9. Mai 1984

761

Tagung des OECD-Rates auf Ministererebene  
 Paris, 17./18. Mai 1984

Aufgrund des Antrages des EVD vom **4. Mai 1984**

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

- Den vorstehenden Bericht zu genehmigen im Sinne von Richtlinien für die schweizerische Delegation an der Tagung des OECD-Rates auf Ministererebene in Paris vom 17./18. Mai 1984.
- Die Delegationsleitung Herrn Bundesrat Furgler zu übertragen, der sich begleiten lassen wird von den Herren
  - C. Sommaruga  
Staatssekretär für Aussenwirtschaft
  - J. Zwahlen  
Chef der Schweizerischen Delegation bei der OECD, Paris
  - H. Sieber  
stellvertretender Direktor  
Bundesamt für Aussenwirtschaft
  - D. Kaeser  
Vizedirektor der Eidg. Finanzverwaltung
  - J. Faillietaz  
Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes, EDA
  - P. Aenishänslin  
Chef des OECD-Dienstes  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	9	-
X		EVD	10	-
		EVED		
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-

Für getreuen Auszug  
 Der Protokollführer:





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

AUSGETEILT

Bern, 4. Mai 1984

**Für die BR.-Sitzung**  
**vom - 9. MAI 1984**

An den B u n d e s r a t

Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene  
Paris, 17./18. Mai 1984

1. Allgemeines

Der OECD-Rat wird seine jährliche Tagung auf Ministerebene am 17./18. Mai 1984 unter der Präsidentschaft Finnlands (BRD und Türkei stellen die Vizepräsidenten) am Sitz der Organisation in Paris abhalten. Die diesjährige Ministerkonferenz ist von fünf Gesichtspunkten her von besonderem Interesse:

Sie findet erstens zu einem Zeitpunkt statt, in dem sich die Konjunkturlage in den Mitgliedländern der OECD in einem günstigen Licht präsentiert. Es gilt, den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung in ein dauerhaftes Wachstum überzuführen. Die ausserordentliche OECD-Ministerkonferenz der Wirtschafts- bzw. Finanzminister vom vergangenen Februar (über die wir Sie unterrichtet haben) hat weitgehende Uebereinstimmung gebracht über die notwendigen Elemente einer mittelfristig orientierten Wirtschaftspolitik.

Zweitens wird gegenwärtig die Verschuldungslage grosser Entwicklungsländer wieder etwas weniger kritisch beurteilt, obschon eine weitere Zuspitzung der Lage in Einzelfällen (Schuldendienstprobleme) nicht ausgeschlossen werden kann.

Mittels einer adäquaten mittelfristigen Strategie könnten die Gläubiger- und Schuldnerländer dazu beitragen, den Entwicklungsprozess im Süden wieder in Gang zu bringen.

Drittens nimmt der Welthandel nach zwei Jahren der Stagnation wiederum kräftig zu und bildet eine Stütze für den Aufschwung. Jedoch werden die OECD-Länder endlich Ernst machen müssen mit ihrer letzten Jahr an der Ministerkonferenz (und dann am Williamsburger Gipfel) bekräftigten Absicht, dem noch zunehmenden Protektionismus Einhalt zu gebieten und die insbesondere in den letzten Rezessionsjahren ergriffenen Handelsrestriktionen sukzessive wieder abzubauen.

Viertens fügt sich die Ministerkonferenz in die Vorbereitung des zehnten Weltwirtschaftsgipfels der sieben grössten westlichen Industriemächte vom 7. - 9. Juni in Grossbritannien ein.

Fünftens dürfte die Ministerkonferenz Gelegenheit bieten, die Nachfolge des zurücktretenden Generalsekretärs Emile van Lennep zu regeln.

Inhaltlich werden sich die Beratungen der OECD-Ministerkonferenz um drei bzw. vier grosse Themenkreise gruppieren:

- Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik: Anpassung in einer sich ändernden Welt mit dem Ziel dauerhaften Wirtschaftswachstums
- Finanzen, Handel, Entwicklung: Globale und mittelfristige Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer
- Internationaler Handel: Gegenwärtige und künftige Herausforderungen
- Zweite Ueberprüfung der OECD-Regierungserklärung von 1976 über internationale Investitionen und multinationale Unternehmen.

## 2. Anpassung in einer sich ändernden Welt mit dem Ziel dauerhaften Wirtschaftswachstums

### 2.1 Wirtschaftsaussichten

Weltwirtschaft und Welthandel bieten erstmals seit mehreren Jahren ein sichtlich aufgehelltes Bild. Im Sog der kräftigen Erholung in den USA liegt das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten mit 3 1/2 bis 4 % derzeit über den Erwartungen. Vor allem in den USA und in Japan, aber auch in verschiedenen europäischen Ländern hat das Wachstum nun auf die private Investitionstätigkeit übergegriffen. Die Inflation in den Industriestaaten ist mit rund 5 % auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gesunken.

Entsprechend positiver werden die unmittelbaren Aussichten beurteilt: Kurzfristig - über die kommenden 18 Monate hinweg - erscheint der Aufschwung gesichert.

Der Konjunkturaufschwung im OECD-Raum widerspiegelt sich in einem verbesserten Welthandelsbild. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass die positivere Entwicklung allmählich auch spürbarer auf die Entwicklungsländer durchschlagen werde.

### 2.2 Wirtschaftspolitische Strategie zur Sicherung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums

Das OECD-Sekretariat identifiziert zwei wesentliche Gruppen von Herausforderungen, denen die Regierungen begegnen müssen, soll der Erholungsprozess nicht schon bald ernstlich in Frage gestellt werden: als erstes den Fortbestand wirtschaftlicher Ungleichgewichte, insbesondere das Problem der weltweit hohen Realzinsen als Indiz für die Belastung der Finanzmärkte durch die verschiedenen - nationalen und internationalen - Verschuldungsphänomene; als zweites den Abbau struktureller Rigiditäten in der Wirtschaft und die Schaffung günstigerer Investitionsbedingungen. Eine stabilere und verstärkt marktorientierte Politik zur Erhöhung der Flexibilität und Anpassungs-

fähigkeit ist unumgänglich, damit die Chancen des strukturellen Wandels wieder vermehrt wahrgenommen werden können.

In seinen überwiegend mittelfristig ausgerichteten, stark an den Ergebnissen der ausserordentlichen Ministerkonferenz vom Februar inspirierten Empfehlungen stellt der Generalsekretär eine breite Gesamtstrategie mit geld- und budgetpolitischen Inhalten sowie Elementen der strukturellen Anpassung zur Diskussion. Die wesentlichen Stossrichtungen dieser Strategie sind:

- Schaffung eines stabilen wirtschaftlichen Rahmens mit dem Ziel der weiteren Eindämmung der Inflation, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Begünstigung wachstumsfördernder Investitionsentscheide;
- Förderung von Flexibilität und Innovation zur Schaffung widerstandsfähiger Wirtschafts- und Sozialstrukturen: Im privatwirtschaftlichen, im öffentlichen wie im zwischenstaatlichen Bereich;
- Konkrete Schritte zum Abbau von Handelsrestriktionen und von handelsverzerrenden internen Massnahmen;
- Stärkung und Verbesserung - im gegenseitigen Interesse - der Beziehungen zu den Entwicklungsländern in den Bereichen des Handels, der Verschuldung und der Direktinvestitionen.

Wie bereits im vergangenen Jahr richten sich die Empfehlungen des Generalsekretärs an die einzelnen Länder nach ihren jeweiligen spezifischen Problemen und den bereits erzielten Fortschritten in der Bewältigung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte.

Die Schweiz befindet sich an der diesjährigen Ministerkonferenz in einer günstigen Ausgangslage. Die Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik - konsequente Geldpolitik, dem Ausgleich verpflichtete Budgetpolitik, marktinduzierte Strukturanpassung, Elemente einer ergänzenden positiven Strukturanpassungs- bzw. Angebotspolitik - entspricht weitestgehend den Empfehlungen des Generalsekretärs.

Die schweizerische Delegation kann sich mit diesen richtigerweise vermehrt mittelfristig ausgerichteten Empfehlungen einverstanden erklären.

3. Finanzen, Handel und Entwicklung: Eine globale mittelfristige Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer

Dieses Traktandum schliesst als folgerichtige Fortsetzung an die letztjährigen Erörterungen der Minister über den Begriff der weltweiten wirtschaftlichen Interdependenz an. Ausgangspunkt der Diskussion wird die allgemein vertretene Meinung sein, dass durch gemeinsame Rettungsaktionen der internationalen Finanzierungsinstitutionen (v.a. IMF und BIZ), einzelner nationaler Regierungen und der privaten Banken zugunsten überschuldeter Entwicklungsländer die unmittelbaren Gefahren vorerst abgewendet werden konnten, dass es zur Bewältigung des Schuldenproblems aber einer umfassenden, mittelfristigen Strategie bedarf. Das Grundlagenpapier des Generalsekretärs versucht, einige Elemente einer solchen Strategie aufzuzeigen. Sie wird sich nicht allein auf Massnahmen im finanziellen Bereich (Senkung der Zinssätze, Befriedigung der Mittelbedürfnisse der internationalen Finanzierungsorganisationen) abstützen können, sondern grundlegende realwirtschaftliche Anpassungen sowohl in den Schuldner- wie den Gläubigerländern erfordern. Der Generalsekretär schlägt deshalb vor, dass die Zusammenarbeit zwischen OECD- und Entwicklungsländern im Bereiche des wirtschaftspolitischen Dialogs, des Nord-Süd-Handels und auf spezifischen Gebieten wie z.B. der Direktinvestitionen verstärkt werden könnte. Einer kritischen Beurteilung wird die zunehmende Praxis der konzessionellen Exportfinanzierung unterzogen.

Die Schweiz befürwortet eine Vertiefung der Zusammenarbeit der OECD mit den Entwicklungsländern, wobei sich vor allem sektorielle und technische Probleme (z.B. Direktinvestitionen und Technologietransfer) für einen solchen Dialog eignen dürften. Diese Kontakte sollten aber möglichst informeller

Natur bleiben; sie dürfen die Unabhängigkeit und Integrität der OECD als Forum der marktwirtschaftlich ausgerichteten Industrieländer nicht tangieren. Die Schweiz hält auch einen mehr strukturierten Informations- und Meinungsaustausch des OECD-Sekretariats mit anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen (v.a. IMF, Weltbank und GATT) für nützlich.

Was die konzessionelle Exportfinanzierung anbelangt, sind wir uns der Möglichkeit von Handelsverzerrungen und ungeeigneter Verwendung von Entwicklungshilfemitteln bewusst. Aus schweizerischer Sicht treffen solche Vorwürfe aber auf unsere nach strengen Entwicklungshilfekriterien erteilten und die OECD-Leitlinien erfüllenden Mischkredite nicht zu. Bestrebungen in Richtung einer grösseren Transparenz und einer erhöhten Disziplin auf diesem Gebiet können wir jedoch unterstützen.

#### 4. Internationaler Handel: Gegenwärtige und künftige Herausforderungen

Die Diskussion über internationale Handelsfragen wird in zwei Abschnitte zerfallen, deren erster dem Abbau der bestehenden Handelsschranken und deren zweiter der Stärkung und dem Ausbau des offenen multilateralen Handelssystems gewidmet sein wird.

##### 4.1 Abbau von Handelsschranken (Rollback)

In seinem Bericht an die Minister musste das Handelskomitee leider zur Schlussfolgerung gelangen, dass, obwohl die Konjunkturlage sich deutlich verbessert hat, die im letzten Jahr verabschiedete Rollback-Erklärung nicht in die Tat umgesetzt werden konnte, dass sogar in vielen Ländern neue protektionistische Massnahmen getroffen worden sind. Die vom Generalsekretär in Erfüllung des ihm erteilten Mandats vorgeschlagene Zwei-Phasen-Strategie - ein Paket rasch zu verwirklichender vertrauensstärkender Massnahmen, denen ein eigentlicher Roll-

back in Phase II folgen soll - wird von den Mitgliedländern nur zögernd und unvollständig befolgt.

Was die Sofortaktion anbelangt, hat sich ein allgemeiner Konsens herausgebildet, dass die in der Tokio-Runde des GATT vereinbarte Zollsenkungsetappe 1986 auf den 1.1.1985 vorgezogen werden soll und dass der ursprünglich bis 1987 vorgesehene Zollabbau nach Möglichkeit bereits bis Anfang 1986 vollzogen sein sollte. Die des weiteren ins Auge gefasste Verlängerung bzw. Verbesserung des allgemeinen Zollpräferenzsystems dürfte sich auf Anstrengungen zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer beschränken. Ueber die ebenfalls geforderte Verbesserung der Transparenz vor allem in der sog. "Grauzone" sind keine konkreten Ideen vorhanden. Die Schweiz, die mit der Inkraftsetzung der Zollabbaustufe 1985 bereits auf den 1.7.1984 nach Japan als zweites Land einen konkreten Liberalisierungsschritt unternommen wird,<sup>1)</sup> will sich dafür einsetzen, dass alle Elemente der vertrauensbildenden Sofortaktion von den OECD-Mitgliedländern - und v.a. von den drei grossen Handelsblöcken USA, EG, Japan - integral und rasch realisiert werden. Sie wird ferner ihre Ueberzeugung bekräftigen, dass diese Massnahmen nur dann einen wirtschaftlichen Effekt haben werden, wenn sie durch einen echten Rollback abgelöst werden.

Was nun diese Phase II anbelangt, so ist die Meinungsbildung in den Hauptstädten der OECD-Länder noch nicht weit fortgeschritten. Das vom Generalsekretär vorgeschlagene, umfassende Aktionsprogramm dürfte kaum zu verwirklichen sein. Die Schweiz wird weiterhin auf die Notwendigkeit eines echten Rollback - d.h. eines graduellen Abbaus der v.a. in den letzten Jahren eingeführten Handelshemmnisse - zur Unterstützung einer dauerhaften Wirtschaftserholung hinweisen und Taten fordern. Prioritäre Bedeutung wird sie dem termingerechten Abschluss des laufenden GATT-Arbeitsprogramms beimessen.

---

1) vgl. unseren diesbezüglichen Antrag vom 18. April 1984



#### 4.2 Stärkung und Ausbau des multilateralen Handelssystems

In der OECD läuft seit 1982 ein Arbeitsprogramm über neue Bereiche der Handelspolitik, so insbesondere ein adäquates Rahmenwerk für den Nord-Süd-Handel, den internationalen Dienstleistungsaustausch, den Handel mit Gütern der Spitzentechnologie, Handelsaspekte der Wettbewerbs- und Konsumentenpolitik, handelsrelevante Investitionsbestimmungen und Landwirtschaft. Der Generalsekretär entwirft in seinem Papier ein recht ehrgeiziges Programm, wie diese verschiedenartigen und komplexen Probleme weiter studiert und gegebenenfalls einer operationellen Lösung zugeführt werden könnten. Es handelt sich hierbei teilweise um Themen, die auch in eine neue GATT-Runde einfließen dürften.

Die Schweiz wird eine offene, aber pragmatisch-realistische Haltung einnehmen. Insbesondere wird sie darauf insistieren, dass die einzelnen Fragenbereiche einlässlich analysiert und die konkreten Probleme klar definiert werden, bevor operationelle Schritte (z.B. Aenderung bestehender Handelsregeln oder Aufstellen neuer Regeln) ins Auge gefasst werden dürfen. Wir sind der Meinung, dass einige der unter dieses Kapitel fallenden Fragestellungen noch nicht reif für politische Entscheidungen sind. Dies trifft insbesondere zu auf den internationalen Dienstleistungsaustausch und den Handel mit spitzentechnologischen Produkten.

#### 5. Zweite Ueberprüfung der OECD-Erklärung über internationale Investitionen und multinationale Unternehmen von 1976

Der zweite Ueberprüfungsbericht, der aufzeigt, dass die Regierungserklärung von 1976 und namentlich die Leitsätze für multinationale Unternehmen auch unter geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen anwendbar sind, kann zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Besondere Beachtung verdient aus unserer Sicht die neue Vereinbarung im Bereich der sich

SWITZERLANDER BUNDESRAT  
CONSEIL FEDERAL SUISSE  
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

widersprechenden Anforderungen an multinationale Unternehmen ("Conflicting Requirements"), welche das Problem der extraterritorialen Rechtsanwendung beschlägt und namentlich ein Notifizierungs- und Konsultationsverfahren einführt. Die Tatsache, dass erstmals in einem multilateralen Rahmen ein Lösungsansatz zur Vermeidung bzw. Milderung der damit zusammenhängenden Probleme gefunden worden ist, stellt einen Erfolg und einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Wir unterstützen ebenfalls die Forderung, auf das Prinzip der Inländerbehandlung inskünftig vermehrt Gewicht zu legen, indem die Ausnahmen hievon regelmässig überprüft werden sollen. Mit der Aenderung des Ratsbeschlusses über Massnahmen zur Förderung oder Abwehr internationaler Investitionen, wodurch Konsultationen hierüber erleichtert werden sollen, gehen wir ebenfalls einig, denn schweizerischerseits sind wir an einem durch staatliche Massnahmen unbeeinträchtigten Fluss von Direktinvestitionen interessiert. Wir befürworten schliesslich die vorgeschlagene Intensivierung der Tätigkeit der OECD auf dem Gebiet der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern und namentlich die informell-pragmatische Suche nach Lösungen spezifischer investitionsheimmender Probleme im direkten Gespräch mit interessierten Entwicklungsländern, welche eine willkommene Ergänzung weltumspannender Bemühungen (namentlich UNO-Verhaltenskodices) darstellen könnte.

\* \* \*

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen und im Einvernehmen mit den interessierten Departementen stellen wir Ihnen den

#### A n t r a g

1. Den vorstehenden Bericht zu genehmigen im Sinne von Richtlinien für die schweizerische Delegation an der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene in Paris vom 17./18. Mai 1984.

2. Die Delegationsleitung Herrn Bundesrat Furgler zu übertragen, der sich begleiten lassen wird von den Herren

C. Sommaruga  
Staatssekretär für Aussenwirtschaft

J. Zwahlen  
Chef der Schweizerischen Delegation bei der OECD, Paris

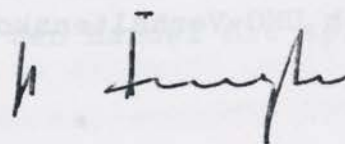
H. Sieber  
stellvertretender Direktor  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

D. Kaeser  
Vizedirektor der Eidg. Finanzverwaltung

J. Faillettaz  
Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes, EDA

P. Aenishänslin  
Chef des OECD-Dienstes  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilage:

Pressecommuniqué (Entwurf)

Protokollauszug an:

- EDA (6)
- EFD (9)
- EVD (10)